



Steuerflüchtige zieht es nach Hause

Die Steuer-CD-Affäre ist in Österreich angekommen: Immer mehr Schwarzgeldkonten in der Schweiz werden aufgelöst. Der letzte große Steuerdatenklau brachte Österreichs Finanzminister 12,7 Millionen Euro.

Günther Oswald
András Szigetvari

Wien – Unter den heimischen Steuer- und Verunsicherung wächst die Verunsicherung. Seit der deutschen Finanz eine CD mit Schweizer Bankdaten angeboten wurde, laufen auch bei vielen österreichischen Steuerberatern die Telefone heiß. Zwar ist noch unklar, ob und wie viele Österreicher auf der CD sind, viele Steuerhinterzieher wollen aber offenbar kein Risiko eingehen und bereiten Selbstanzeigen vor, die vor Strafverfolgung schützen. Bei der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft KPMG haben sich bereits zahlreiche Per-

sonen gemeldet, bestätigte Friedrich Fraberger von KPMG dem STANDARD. In der Regel wollen die Betroffenen Vermögen im einstelligen Millionen-Bereich zurück nach Österreich transferieren. Bei einem Fall geht es aber auch um mehr als 100 Millionen Euro, sagt Fraberger.

Ein Grund für die Nervosität ist, dass die österreichischen Finanzämter ab 2011 leichter an Schweizer Bankdaten herankommen. Die Schweiz und Österreich haben entsprechend OECD-Vorgaben ein Abkommen über verstärkte Zusammenarbeit in Steuercausen vereinbart. Es muss dann kein konkreter Verdacht mehr auf Steuerhinterziehung vorliegen, es reicht eine vermutete „Erheblichkeit“ für die Steuerbemessung in Österreich, damit die Schweizer Auskunft erteilen müssen. Außerdem hebt die Schweiz ab 2011 die Kapitalertragssteuer von 20 auf 35 Prozent an, erklärt Albert Wiedner von der auf die Schweiz spezialisierten Capital Bank. „Das Netz wird enger“, sagt Fraberger. Vor diesem Hintergrund habe die Debatte um die Steuer-CD die Rückführung von Kapital zu-

sätzlich beflügelt, sagt ein renommierter Wiener Steuerberater.

Im Finanzministerium sind aus der aktuellen Steuer-CD-Affäre noch keine Anzeigen eingetrudelt. Dass der Handel mit illegal beschafften Steuerdaten aber ein gutes Geschäft sein kann, hat die Vergangenheit bereits gezeigt. 2008 wurde dem deutschen Bundesnachrichtendienst Daten aus der liechtensteinischen Fürstenbank LGT verkauft. Darauf waren auch zahlreiche Österreicher erfasst.

Regierung uneinig

In der Folge haben 43 Personen Selbstanzeige erstattet und 9,2 Mio. Euro Steuern nachgezahlt, teilte das Finanzministerium auf Anfrage mit. Bei 26 Personen, die keine Selbstanzeige erstattet haben, gab es Hausdurchsuchungen und Nachzahlungen von 1,3 Mio. Euro. Insgesamt hat der Staat aus der Liechtenstein-Affäre 12,7 Mio. Euro Steuereinnahmen lukriert. Rund die Hälfte der 166 Fälle ist noch gar nicht abgeschlossen.

Uneinig zeigt sich die Regierung aber bei der Frage, ob man – wie in Deutschland – die Daten-CD erwerben solle. Bundeskanzler Werner Faymann (SPÖ) gibt sich zurückhaltend. Er wolle zwar Steuerhinterzieher verfolgen, aber der Zweck heilige nicht die Mittel, sagte Faymann der *Kleinen Zei-*

tung. Finanzminister Josef Pröll (ÖVP) würde im Fall den Verfassungsdienst des Bundeskanzleramts um eine Expertise bitten.

International geriet am Freitag die Credit Suisse (CS) ins Rampenlicht. Mehrere Zeitungen berichteten, die Bankdaten stammten von der CS. Die *Süddeutsche* zitierte aus einem internen Bericht der Bank aus dem Jahr 2004. In dem Papier soll die Rede davon sein, dass 88 Prozent der Deutschen, die in den Schweizer Filialen ihr Geld anlegen, Steuerhinterzieher sind. In der Bank vermutete man, dass 100.000 Deutsche ein Vermögen von 34 Milliarden Franken in der Schweiz versteckten (23,1 Milliarden Euro).

In Österreich ist die Bank seit 1992 aktiv, seit 2007 mit eigener Banklizenz. „Wer aus Österreich sein Geld in die Schweiz legt, wendet sich an Credit Suisse oder UBS“, sagt ein Wiener Steuerberater, der berichtet, dass Kunden angerufen hätten, um sich zu erkundigen, ob sie selbst auf der CD sein könnten.

„Wir haben keine Kenntnis davon, dass die CS von Datendiebstahl betroffen ist“, sagte CS-Sprecher Björn Korschinowski dem STANDARD. Über die Existenz des internen Berichtes wisse er nichts.

Experte warnt vor „Dammbruch“ beim Datenschutz

Wien – Eigentlich sollte die umstrittene Vorratsdatenspeicherung der „Verfolgung von schweren Straftaten“ dienen – Justiz- und Innenministerium wollen

SCHWERPUNKT:
Steuerschuld
und
Sühne